17. Wahlperiode

29.10.2020

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/8765 -

Care-Arbeit in NRW sichtbar machen u	ınd	besser unterstützen
--------------------------------------	-----	---------------------

Berichterstatterin: Abgeordnete Regina Kopp-Herr

## Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/8765 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 29.10.2020/Ausgegeben: 03.11.2020

#### **Bericht**

#### A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Care-Arbeit in NRW sichtbar machen und besser unterstützen" (Drucksache 17/8765) wurde am 11. 03 2020 vom Plenum zur Federführung an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung oblag dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie dem Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass Care-Arbeit viele Bereiche umfasse. Dazu zählen u.a. die Sorge- und Pflegearbeit für Kinder oder zu pflegende Angehörige, Hausarbeit, Ehrenamt, aber auch informelle Hilfen wie Nachbarschaftshilfen. Diese unbezahlte Care-Arbeit bleibe gesellschaftlich oft unsichtbar und Menschen würden mit ihren individuellen Herausforderungen allzu oft allein gelassen. Dabei stiegen die gesellschaftlichen Anforderungen an die Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf. Die Frage der Verteilung von Care-Arbeit sei ein wichtiger Indikator für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die meiste Sorgearbeit werde aber von Frauen geleistet. Die beschriebene ungleiche Aufteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit berge für Frauen in der Lebensverlaufsperspektive erhebliche Risiken.

## **B** Beratung

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat sich mit dem Antrag in seiner Sitzung am 23. April 2020 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf eine Anhörung von Sachverständigen verständigt. An der Anhörung haben sich der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend im Rahmen von Pflichtsitzungen beteiligt.

Am 20. August 2020 wurden daher die Stellungnahmen von folgenden Experten diskutiert:

eingeladen	Stellungnahme
Professorin Uta Meier-Gräwe	17/2912
Freiburg	
Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik	17/2910
Universität Münster	
Professorin Dr. Irene Gerlach	
Münster	
Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. – Diakonie	17/2895
RWL	
Helga Siemens-Weibring	
Düsseldorf	
Dr. Barbara Stiegler	17/2868
Bonn	

eingeladen	Stellungnahme
Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e. V.	17/2879
Michelle Borkowski	
Dortmund	
Kompetenzzentrum Frau und Beruf	17/2882
Dorothea Körfers	
Düsseldorf	
Bundesagentur für Arbeit	17/2894
Regionaldirektion NRW	
Torsten Withake	
Düsseldorf	

(vgl. Ausschussprotokoll 17/1088).

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat in seiner Sitzung vom 24. September 2020 den Antrag abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie bei Enthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Ablehnung votiert.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat den Antrag am 30. September 2020 final beraten und ebenfalls für die Ablehnung votiert (Ja-Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD).

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich in seiner Sitzung am 2. Oktober 2020 abschließend mit dem Antrag beschäftigt und für die Ablehnung (Ja-Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD) votiert.

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat den Antrag während seiner Sitzung am 29. Oktober 2020 abschließend beraten.

### C Abstimmung

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat den Antrag abgestimmt. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Plenum den Antrag abzulehnen.

Regina Kopp-Herr

- Vorsitzende -